

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 23.11.2010
Beginn der Sitzung: 17:40 Uhr
Ende der Sitzung: 18:57 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Grix, Helga

SPD-Fraktion
Götze, Horst für Regina Meinen
Meyer, Elfriede (bis 18:38 Uhr)
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion
Risius, Andrea

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin für Ralf Fooken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Erb, Martin
Grix, Wilhelm
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder
Dietz, Ralf-Günter
Engelberts, Birte (ab 17:52 Uhr)
Ludolph-Dawe, Karin
Ouedraogo, Abdou
Wilts, Elfriede (bis 18:20 Uhr)
Wittmer-Kruse, Olaf
Fekken, Okka
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

von der Verwaltung

Frein, Markus
Lücht, Richard
Philipps, Egon
Ubben, Wolfgang

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Geerken, Heino
Obes, Schengül
Reinhard, Barbara

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.09.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 29 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.09.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Familienhebammenzentrale und Puppvisit der Klinikum Emden gGmbH und des Jugendamtes Emden
Vorlage: 15/1394/2

Herr Frein erklärt, vor genau einem Jahr sei der Beschluss zur Projektförderung für die Familienhebammenzentrale und für das Projekt „Puppvisit“ gefasst worden. Nach einer langen Konzeptvorbereitungszeit und nach Vorstellung des Konzeptes im Ausschuss habe man nunmehr ein Jahr lang Praxis und wolle heute die ersten Ergebnisse vorstellen, damit die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einen Eindruck bekommen könnten, was in diesem einem Jahr erreicht worden sei. Weiterhin sei dann auch der Beschluss zu fassen, das Projekt dementsprechend weiterzuführen.

Herr Geerken führt aus, gemeinsam mit Frau Obes und Frau Reinhard wolle er heute einen Rückblick auf das Jahr 2010 zum Thema Familienhebammenzentrale und „Puppvisit“ geben. Man habe ein sehr spannendes und interessantes Jahr hinter sich und habe viel gelernt. Zur Familienhebammenzentrale bemerkt Herr Geerken, es sei ihm wichtig mitzuteilen, dass man anders als erwartet zum 01.11.2009 eigentlich nicht den Start gehabt habe, den man sich vorgestellt habe. Es sei alles relativ beschaulich angefangen und erst im Januar habe die Familienhebammenzentrale die ersten Fälle genannt bekommen und habe somit die Möglichkeit gehabt, mit vielen angrenzenden Institutionen Kontakt aufzunehmen, das Konzept vorzustellen und auch inhaltlich zu arbeiten. Ihm sei es wichtig, dass die Familienhebammenzentrale keine Konkurrenz bieten, sondern in einem Miteinander für die Familien etwas aufbauen wolle. Da in den ersten Monaten das Projekt sehr sparsam gestartet worden sei, sei die Finanzierung noch bis Ende Dezember 2010 gesichert.

Herr Geerken erläutert weiter, im letzten Jahr habe er darauf hingewiesen, dass das Rad nicht neu erfunden werden müsse. Bereits in anderen Städten gäbe es Konzepte, die übernommen werden könnten. Auch würden solche Projekte mit sogenannten Honorarkräften umgesetzt. Das bedeute, die Familienhebammen bekämen die Familien zugewiesen und das Entgelt würde über Honorarstunden abgegolten. Man habe jedoch die Erfahrung gemacht, dass diese Hebammen häufig beruflich auf verschiedenen Ebenen tätig seien. Jedoch werde von einer Familienhebamme eine ganz deutliche Zuverlässigkeit erwartet. Er würde sich nach der Bewilligung des Geldes wünschen, dass für das kommende Jahr eine Hebamme mit 20 Wochenstunden angestellt werden könne, um somit auch Abläufe und Informationsflüsse zu verschlanken.

Bezüglich des Projektes „Puppvisit“ führt er aus, hier habe man eine sehr gute Resonanz erfahren und er bedanke sich bei dem Kinderschutzbund, die das Projekt im Hinblick auf die Kindersockchen groß unterstützt hätten.

Herr Geerken geht anschließend auf die Zahlen, Daten und Fakten der Familienhebammenzentrale und des Projektes „Puppvisit“ ein und erörtert diese.

Frau Obes stellt sich zunächst vor und erläutert die Teamzusammensetzung der Familienhebammenzentrale. Dann nimmt sie zum Ablauf Stellung und zeigt anhand von drei Fällen auf, wie vielfältig die Arbeit in der Familienhebammenzentrale sei.

Abschließend berichtet **Frau Reinhard** über das von ihr betreute Projekt „Puppvisit“.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Fekken fragt an, ob es sich durch die Erfahrungen bestätigt habe, dass in erster Linie junge Mütter zu den Problemfällen gehören würden.

Frau Obes antwortet, im Team habe man festgestellt, dass genau diese Gruppe die größten Probleme mit sich bringe, da sie relativ früh in eine Rolle hineinkämen, auf die sie nicht vorbereitet seien. Gerade bei diesen Frauen würden noch ganz andere Lebensthemen wie Ausbildung und Schule im Fokus stehen und sie müssten sich erst einmal mit ihrer Rolle arrangieren. Dazu müsse man noch die finanzielle Seite betrachten, da diese jungen Mütter meist auch aus schwierigen familiären Verhältnissen kämen. Häufig müsse dort im Netzwerk gearbeitet werden, da die Hilfe der Familienhebammenzentrale allein nicht ausreichen würde.

Frau E. Meyer freut sich, dass der Rat im letzten Jahr diese Projekte ins Leben gerufen habe und sagt ihre Unterstützung auch für die Zukunft zu.

Herr Götze fragt an, wie lange diese Familien betreut und wann sie an andere Institutionen übergeben würden.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Informationen und bittet um Auskunft, ob es auch Fälle geben würde, in denen Frau Reinhard vor einer verschlossenen Tür stehen würde.

Frau Reinhard stellt fest, zu Anfang sei dieses mehrfach vorgekommen. Nunmehr erreiche sie jedoch fast alle, die sie anschreibe.

Herr Geerken ergänzt, wenn Frau Reinhard eine Familie nicht antreffe, dann werde diese Familie in den Folgetagen bis zu fünf Mal angerufen. Somit stecke schon eine gewisse Hartnäckigkeit dahinter.

Herr Geerken legt Wert darauf, die Themen Familienhebammenzentrale und „Puppvisit“ konzeptionell und inhaltlich weit auseinander zu halten. Das Projekt „Puppvisit“ sei eine neutrale Beratung für die neue Familie. Es wäre schlecht, wenn Frau Reinhard das Image habe, sie käme im Rahmen der Familienhebammenzentrale und weise die Fälle zu. Selbstverständlich werde mit der Familienhebammenzentrale kooperiert, wenn die Familie dem zustimme. Im Vordergrund stehe aber eine neutrale Beratung für die Familie und die Begrüßung der Stadt Emden für das neugeborene Kind, bei der reflektiert werde, was Emden dieser jungen Familie eigentlich biete.

Hinsichtlich des Kontingentes der Stunden führt Herr Geerken aus, es sei so, dass der Kontakt aufgenommen und genau das Problem der Familie definiert werde. Einmal monatlich setze man sich zusammen, und berate sich, mit wie vielen Stunden über welchen Zeitraum diese Familie betreut werde. Hier spielten unterschiedliche Faktoren eine Rolle, sodass es Familien geben würde, die ein halbes Jahr mit drei Stunden pro Woche betreut werden würden, während andere Familien kurzzeitig mehr Stunden Begleitung benötigen würden. Abschließend weist Herr Geerken darauf hin, dass beide Projekte budgetiert seien und man sich nur in diesem finanziellen Rahmen bewegen könne.

Herr Götze weist auf eine zweiseitige Dokumentation in der Emder Zeitung hin. Dort sei darüber berichtet worden, dass über längere Zeit Kinder betreut würden. Das Netzwerk, welches sich über Jahre gebildet habe, sei dort sehr gut dargestellt worden. Auch sei deutlich gemacht worden, dass man mit diesem ganzen System unheimlich viel Erfolg gehabt habe. Die Kindeswohlgefährdung habe dramatisch abgenommen. Seiner Meinung nach sei diese Präventionsarbeit eine Sache, die auch in Emden vielleicht einmal vorangetrieben werden sollte.

Frau Obes teilt mit, die Familienhebammenzentrale würde tatsächlich nur ein Jahr lang die Familien betreuen. Sie weist auf die Familienhebammenzentrale in Leer hin, die bis zu zwei Jah-

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

ren eine Betreuung vornehmen würden. Gerade nach einem Jahr seien oftmals die Probleme nicht verschwunden, sodass zukünftig zu überlegen sei, was man nach diesem einem Jahr tatsächlich noch anbieten könne.

Beschluss: Die Laufzeit des gemeinsamen Projektes „Familienhebammenzentrale und Puppvisit“ mit einer bewilligten Zuwendung für den Projektträger, Klinikum Emden gGmbH, in Höhe von 70.000 € wird um zwei Monate bis zum 31.12.2010 verlängert. Unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel wird das Projekt bis zum 31.12.2011 mit einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 80.000 € fortgeführt.

Zur Verstetigung des Projektes wird die Verwaltung beauftragt, eine rechtliche Verpflichtung dieser Aufgabe mit dem Klinikum Emden mit Wirkung vom 01.01.2012 zu vereinbaren.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Leistungsvereinbarung zwischen dem Kinderschutzbund Emden e.V. und der Stadt Emden für das Projekt "Stärkung der elterlichen Verantwortung an Grundschulen - Elterncafé"
Vorlage: 15/0832/2

Herr Philipps erklärt, bei diesem Projekt gehe es um die Stärkung der elterlichen Verantwortung an Grundschulen. Mit dieser Beschlussvorlage schlage die Verwaltung vor, die bestehende Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Kinderschutzbund um ein halbes Jahr zu verlängern. Hierbei handele es sich nur um eine Übergangslösung, da die bisherige Vereinbarung, die zwei Jahre bestanden habe und am 31.12.2010 ende, derzeit evaluiert werde. Mit den beteiligten Fachkräften schaue man sich an, was in diesem Projekt in den zwei Jahren gemacht worden sei und welche Dinge weiter aufgebaut werden können. Gleichzeitig habe man im Rahmen des Evaluierungsvorgangs festgestellt, dass es noch weitere Projekte gäbe, die die Stadt Emden fördere und die eigentlich zusammengeführt werden müssten.

Aus diesem Grunde habe man sich mit den beteiligten Institutionen zusammengesetzt und darüber diskutiert, wie man diese Dinge miteinander verknüpfen könne. Derzeit befinde man sich mitten in dem Prozess, erste Zwischenergebnisse seien vorhanden und zu Beginn des nächsten Schuljahres werde beabsichtigt, mit einem Gesamtkonzept das Ganze zu untermauern und eine neue Lösung in den Ausschuss hineinzubringen. Um fachlich weiterarbeiten zu können und dem Kinderschutzbund eine Planungssicherheit und Finanzierungsmöglichkeiten zu geben, schlage die Verwaltung vor, das Projekt für ein halbes Jahr zu verlängern.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Auf Nachfrage von **Frau E. Meyer** führt **Herr Philipps** aus, es gäbe vom Kinderschutzbund und von der AWO die Projekte Elterncafés und Elterntreffs. Da diese Begrifflichkeiten sehr nahe seien, käme es vielleicht zu Irritationen. Es handele sich hierbei wirklich um zwei verschiedene Dinge, die natürlich artverwandt seien. Da die Zielrichtung ähnlich sei, wolle man diese Projekte miteinander verbinden und die Vorteile, die entstanden seien, gegenseitig in einem Gesamtkonzept nutzen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, es habe Gespräche mit der AWO und dem Kinderschutzbund gegeben, da es hier im Wesentlichen um die Zusammenführung von drei unterschiedlichen Projekten gehen würden. Zum einen sei es das Projekt Elterncafé, welches vor drei Jahren auf den Weg gebracht worden sei. Weiterhin gäbe es das NiKo-Projekt und das Projekt Gesundes

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frühstück. Jedes Projekt habe unterschiedliche Schwerpunkte, die nunmehr zu einem Konzept zusammengebaut würden. Dabei würden die ganz unterschiedlichen Ressourcen und Schwerpunkte der beteiligten Personen genutzt. Dieses sei ein spannender Prozess und die ersten vorliegenden Ergebnisse seien sehr gut.

Beschluss: Die Leistungsvereinbarung zwischen dem Kinderschutzbund Emden e.V. und der Stadt Emden für das Projekt „Stärkung der elterlichen Verantwortung“ vom 01.10.2008 wird zunächst bis zum 30.06.2011 verlängert.

Die Zustimmung für den Projektzeitraum erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel für das Jahr 2011.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Zuschuss an die AWO Kreisverband Emden e.V.
Vorlage: 15/1775

Herr Lücht weist zunächst auf einen redaktionellen Fehler in der Begründung der Vorlage hin. Die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Emden betreibe diese „Anlauf- und Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Frauen, die von sexueller Gewalt bedroht seien“, nicht seit 1997, sondern formal seit dem 01.11.1996, nachdem diese vorher in Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis gegen sexuelle Gewalt“ schon als kommunale Anlaufstelle im Jahre 1989 gegründet worden sei. Der vertragliche Zuschuss in Höhe von damals 30.000 DM sei von der Stadt Emden gewährt worden. Wie schon berichtet, sei dieser Zuschuss in den letzten zwei Jahren geringfügig um bis zu 1.000 € erhöht worden. Nunmehr gehe es um die Sicherung dieser Einrichtung, die aus Sicht der Verwaltung in den ganzen Jahren hervorragende Arbeit geleistet habe. Die AWO benötige für den Weiterbetrieb dieser Beratungsstelle eine städtische Zuwendung in Höhe von 19.274 €. Wenn dieser Zuschuss nicht gewährt werden würde, wäre der Betrieb der Einrichtung für das Jahr 2011 nicht zu gewährleisten.

Herr Lücht bemerkt, Hintergrund dieser Zuschusserhöhung sei, dass die Einnahmen des Betreibers der AWO aus „Toto-Lotto-Mitteln“ weggefallen sei, sodass nur noch ein Eigenanteil von 1.000 € bei der Finanzierung zu Buche stünde. Es würde versucht werden, im nächsten Jahr diese Mittel einzuwerben. Da derzeit diese Einnahmequelle noch nicht erschlossen sei, bedürfe es einer Zuschussgewährung durch Stadt Emden.

Die Beschlussfassung hat ohne Herrn Grix stattgefunden.

Beschluss: Die AWO Kreisverband Emden e.V. erhält für den Betrieb der Anlauf- und Beratungsstelle im Bereich Gewalt gegen Kinder und Jugendliche für das Jahr 2011 eine Zuwendung im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 19.274 Euro.

Die Zustimmung für den Projektzeitraum erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel für das Jahr 2011.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 8 Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Ferienbetreuung Kindergarten- und Schulkinder
Vorlage: 15/1774

Herr Ubben führt aus, die Ferienbetreuung werde seit dem Jahr 2006 angeboten. Seit dem Jahr 2007 sei sie kontinuierlich ausgebaut worden, was auch damit zusammenhängen würde, dass die Stadt Emden finanzielle Unterstützung im Rahmen des Programms Familien mit Zukunft erhalten habe. Im Jahr 2010 konnte eine Betreuung für die kompletten Oster-, Sommer- und auch Herbstferien für die Schulkinder angeboten werden. Kindergartenkinder würden nur in den Sommerferien betreut, da die Kindertageseinrichtungen in der Regel in den Oster- und Herbstferien nicht geschlossen seien und somit eine Betreuung gewährleistet sei. Mittlerweile würden sich vier Träger an der Ferienbetreuung beteiligen.

Herr Ubben erklärt weiter, im Jahr 2009 seien insgesamt 167 Wochenplätze an Kinder vergeben worden. Im Jahr 2010 seien es schon 246 Plätze gewesen, die im Rahmen der Ferienbetreuung vergeben worden seien. Für die Eltern würde dieses Verlässlichkeit und Planungssicherheit bedeuten, zumal der Urlaubsanspruch der Eltern in der Regel nie ausreiche, die kompletten Ferien abzudecken. Ziel sei es auch, die Ferienbetreuung zu verstetigen und nachhaltig anbieten zu können. Herr Ubben betont, das Landesprogramm Familie mit Zukunft laufe jedoch zum 31.12.2010 aus. Somit würde es keine Förderung mehr geben. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung auch diese Beschlussvorlage auf die heutige Tagesordnung genommen.

Abschließend bemerkt Herr Ubben, das bestehende Angebot müsse im Moment auch als ausreichend angesehen werden. Er gehe davon aus, dass die Belegungszahlen auch in den nächsten Jahren weiter steigen würden. Da die Kosten letztendlich erheblich für den städtischen Haushalt seien, müsse auch darüber nachgedacht werden, wie die Arbeitgeber sich an den Kosten für die Ferienbetreuung beteiligen könnten.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schild stellt fest, es habe sich gezeigt, dass die Ferienbetreuung eine sehr gute und wichtige Einrichtung sei. Gerade wenn man die demografische Entwicklung betrachte, stelle sich die Betreuung als ein wichtiges Element für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Die große Nachfrage nach Plätzen von Seiten der Eltern und auch das Interesse der Arbeitgeber an einem Angebot solcher Betreuungsplätze zeige dieses ebenfalls. Bedauerlich sei allerdings, dass sich das Land aus der Verantwortung zurückziehe, da es die Notwendigkeit nicht erkenne, dieses weiterzuführen und die Kommunen wieder einmal auf den Kosten sitzen lasse.

Herr Schild betont, es sei ganz wichtig, dass alle bemüht seien, dieses Angebot auch in Zukunft weiter aufrecht zu erhalten, auch wenn dieses etwas kosten werde. Seiner Ansicht nach werde jedes Kind in dieser Gesellschaft gebraucht und das bedeute, dass man auch der demografischen Entwicklung gerecht werden müsse und die Weiterführung eines solchen Projektes befürworte.

Beschluss: Vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Emden über den noch zu beschließenden Haushalt 2011 wird die Ferienbetreuung für Kindergarten- und Grundschulkinder auch im Jahr 2011 angeboten.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit;
- Kinder- und Jugenderholung
- Qualitätsstandards für Betreuerinnen und Betreuer
Vorlage: 15/1795

Herr Reibe stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Neuordnung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Grix merkt an, die Kritik der Verbände habe sich darauf bezogen, dass der Nachweis der Familien über das Einkommen immer weiter ausgefächert worden sei. Nunmehr müssten verschiedene Betrachtungsweisen abgestimmt werden, was seiner Ansicht nach die Sache nicht vereinfachen werde.

Herr Wittmer-Kruse erklärt, dass es wichtig sei, Kinder- und Jugenderholung und –arbeit zu fördern, brauche er nicht zu betonen. Er weist darauf hin, dass die ev.-luth. Jugend sehr dankbar darüber sei, dass sich die Stadt Emden dessen bewusst sei. Es komme immer wieder vor, dass Kinder aus Emden bei solchen Freizeiten das erste Mal die Nordsee sehen würden, weil sie von den Eltern keine Förderung erhalten würden oder können. Ihm sei es sehr wichtig, dass die Stadt Emden diese Familien unterstütze.

Weiter führt Herr Wittmer-Kruse aus, er begrüße es, dass die Richtlinien weiter entwickelt würden. Die ev.-luth. Kirche sei dazu übergegangen, ihre Kinderfreizeiten kürzer als 14 Tage zu halten, da diese Zeitspanne viele Kinder nicht durchhalten würden. Er bittet den Jugendhilfeausschuss, darüber nachzudenken, ob man die Förderbedingungen nicht dahingehend verändern könne. In der Vorlage sei beinhaltet, dass eine Vereinbarung mit den anderen freien Trägern getroffen werden sollte, inwieweit die Qualifikation auch verbessert werde. Er würde es besser finden, wenn die Juleica hervorgehoben und gefördert werde. Die ev. Jugend habe schon seit Jahren Qualitätsstandards festgelegt. Er halte es für sinnvoll, den Flyer mit diesen Verhaltensregeln für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Anregung dem Protokoll beizulegen.

Abschließend bittet Herr Wittmer-Kruse darum, dass die Stadt Emden sich künftig auch an der Ausbildung der Jugendleiter beteilige, die von der ev.-luth. Kirche durchgeführt würde. Bisher werde eine Beteiligung der Stadt Emden ausgeschlossen, da die Kirche von ihrem Dachverband auch Gelder bekäme.

Herr Grix ist der Meinung, die Diskussion über die Inhalte der Jugendgruppenleiter sei kontinuierlich innerhalb der Vereine und Verbände zu führen. Er habe bereits im Jahr 1994 mit dem Sportverband die Diskussion geführt, was eigentlich Gewalt sei. Aus diesem Grunde seien auch bei der Ausbildung der Jugendgruppenleiter die Sportvereine aufgenommen worden. Seiner Meinung nach sei den Verbänden sehr wohl bewusst, was sie machen. Er glaubt nicht, dass die Absicht bei der Jugendförderung bestehe, hier eine Staatsjugendförderung zu machen. Die Freiheit der Verbände in ihrer Verantwortlichkeit müsse eingefordert, aber nicht vorgeschrieben werden.

Herr Sprengelmeyer stellt fest, dass die Vereine und Verbände mit der Stadt Emden eine interessante Diskussion führen würden. Es gehe darum, nach und nach in den Bereichen der För-

Niederschrift Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

derung und der Qualitätsentwicklung selber etwas auszuarbeiten und dieses kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Weiterhin bemerkt er, er sehe auch in diesem ganzen Zusammenhang die Vereinbarungen, die auch mit den freien Trägern im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit in Bezug auf den § 8 a KJHG / SGB VIII getroffen werden sollen. Aufgrund der derzeitigen Arbeitsbelastung werde man dieses sicherlich nicht vor Herbst 2011 angehen können. Von daher werde die Diskussion zunächst einmal mit den Vereinen und Verbänden geführt und anschließend ausführlich im Jugendhilfeausschuss besprochen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.